

Aufsichtsrat denkt über saftigen Zuschlag nach

Prenzlau. Ein Mitglied aus dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Prenzlau GmbH brachten den Stein ins Rollen, in dem er die Forderung nach einer höheren Aufwandsentschädigung für Aufsichtsratsmitglieder stellte. Dabei geht es nicht um drei, fünf oder sieben Prozent, um die beispielsweise Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der freien Wirtschaft miteinander ringen. Es gibt nach Informationen des Uckermark Kurier interne Überlegungen bis hin zu einer Verdoppelung der bisher gezahlten Entschädigungen. Davon profitieren würden alle Mitglieder in den ehrenamtlichen Aufsichtsräten der Stadtwerke GmbH und der Wohnbau GmbH. Auf Grundlage eines Stadtverordnetenbeschlusses hat die Entschädigungshöhe in beiden Gremien gleich zu sein. Derzeit erhält ein Mitglied in den jeweils mit elf Personen plus Verwaltungsmitarbeiter besetzten Aufsichtsräten bis zu 270 Euro je Sitzung, begrenzt auf einen jährlichen Höchstbetrag von 800 Euro. Vorsitzender und Stellvertreter erhalten bis zu 400 Euro pro Sitzung, begrenzt auf einen jährlichen Höchstbetrag von 1600 Euro. Die Forderung aus dem Aufsichtsrat der Stadtwerke beschäftigte inzwischen den Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung. Der Umfang und die Vielfalt der wirtschaftlichen Betätigungsfelder der beiden Unternehmen sei stark gewachsen. Verwiesen wurde unter anderem auf das Campingplatzprojekt am Kap, für das beide städtische Unternehmen eine gemeinsame Gesellschaft gründeten. Damit steige auch der Aufwand für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder, um deren Mitverantwortung bei millionenschweren Entscheidungen, was auch eine Frage der Mithaftung sei. SPD/FDP-Fraktion zeigt kein Verständnis Nach Informationen des Uckermark Kurier erklärte CDU-Fraktionschef Andreas Meyer im Ältestenrat, dass seine Fraktion „einer Erhöhung grundsätzlich positiv gegenüber steht“. In der Fraktion habe man bereits mehrere Male darüber diskutiert. Überhaupt kein Verständnis für das Erhöhungsbegehren äußerte dagegen Bianca Karstädt, Vorsitzende der SPD/FDP-Fraktion. Sie betonte, dass es sich um ein Ehrenamt handelt. Laut Protokoll der internen Sitzung haben die anwesenden Stadtverordneten Thomas Richter (Vorsitzender SVV /Wir Prenzlauer), Anne-Frieda Reinke (Die Linke), Ludger Melters (Bürgerfraktion) und Detlef Reichel (Wir Prenzlauer) zum brisanten Thema nicht erwähnenswert Stellung bezogen. Eine Expertise habe gezeigt, dass die in der Wohnbau Prenzlau und bei den Stadtwerken gezahlten Aufwandsentschädigungen im Vergleich „eher am unteren Ende liegen“, so Bürgermeister Hendrik Sommer (parteilos). Daher gäbe es „grundsätzlich keine Bedenken.“ Die Diskussion um eine kräftige Erhöhung der Aufwandsentschädigungen wird zu einem denkwürdigen Zeitpunkt eröffnet. Hatten doch noch vor wenigen Tagen die Fraktionen SPD/FDP und Die Linke die Anzahl der Beigeordneten von zwei auf einen reduzieren wollen, um Kosten zu sparen. Denn auf absehbare Zeit lässt sich der städtische Haushalt nur durch den Griff in die Rücklagen ausgleichen. Der „Herr der Finanzen“ ist der Erste Beigeordnete Marek Wöller-Beetz (CDU), zugleich Vorsitzender im Stadtwerke-Aufsichtsrat. Dieser würde von einer Erhöhung ebenso profitieren, wie der SPD-Landtagsabgeordnete Uwe Schmidt, der den Aufsichtsrat der Wohnbau GmbH führt. Letzterer betont im Gespräch mit dem Uckermark Kurier, dass das Erhöhungsbegehren nicht aus dem Wohnbau-Aufsichtsrat heraus kommt. Sicherlich seien die Anforderungen an und die Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder gestiegen, dennoch sei es immer noch ein Ehrenamt, das sie begleiten, betonte Schmidt. Ähnlich argumentiert Wöller-Beetz auf Nachfrage. Die angestoßene Diskussion über eine angemessene Vergütung sollte vorsichtig und mit Augenmaß geführt werden, so der Erste Beigeordnete. In der Sitzung des Ältestenrates hatte Bürgermeister Sommer „die Bitte“ geäußert, in der „Vergütungsdiskussion“ zu überlegen, ob die Anzahl der Vertreter in den Aufsichtsräten mittelfristig reduziert werden könnte. Das Vorschlagsrecht, wer die jeweils elf Stühle besetzt, obliegt aktuell den Stadtverordneten. Zuvor waren jeweils ein Drittel vom Unternehmen, ein Drittel von den Stadtverordneten und ein Drittel von der Verwaltung bestimmt worden. Gewarnt vor Nachfragen von Bürgern und Presse Die in Prenzlau

angestoßene Diskussion steht im Schatten der Berliner Bundespolitik. Dort hat man sich bisher nicht über eine neue Regierung, wohl aber auf eine kräftige Diätenerhöhung verständigen können. Bürgermeister Sommer stimmte im Ältestenrat schon einmal darauf ein, dass für eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen die Vergütungssatzung angepasst werden müsste – und dieses könne nur in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten geschehen. „Das könnte gegebenenfalls Nachfragen durch Presse und Bürgerschaft nach sich ziehen“, warnte der Bürgermeister vorsorglich. Recht hat er. Auf jeden Fall wird es eine politische Entscheidung sein und nicht die der beiden städtischen, über Gebühren beziehungsweise Mieteinnahmen finanzierten Gesellschaften, aus deren Vermögen allerdings die heutigen und künftigen Aufwandsentschädigungen zu bestreiten sind.